



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Susann Biedefeld SPD**

Unterbringung von Asylbewerbern durch die Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu berichten, nach welchen Maßstäben und Kriterien bei der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in den einzelnen Kommunen vorgegangen wird.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Welche Kriterien gibt es für die Anmietung einer Unterkunft und wer überwacht diese Entscheidungen auf welche Weise?
- Gibt es für diese Zwecke standardisierte Mietverträge und werden die Stadträte und Gemeinderäte über die abgeschlossenen Verträge informiert?
- Welche zusätzlichen Kosten entstehen neben Miete und Nebenkosten?

Begründung:

In Bezug auf die abgeschlossenen Mietverträge muss größtmögliche Transparenz zur Vorbeugung von Missbrauch herrschen. Eine ordnungsgemäße Anmietung und ein transparenter Umgang durch und für die kommunalen Parlamente tragen zur besseren Akzeptanz in der Bevölkerung bei und verhindert Missbrauch.